

Kurzbericht

Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung

(21. - öffentliche - Sitzung am 12. September 2024)

Tagesordnung:

1. **Aktenvorlage gemäß Artikel 24 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung nach Beschluss des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung vom 9. Februar 2023**

Der Ausschuss beschließt nach § 95 a GO LT einstimmig, die Vertraulichkeit der mit Schreiben der Niedersächsischen Staatskanzlei vom 05.09.2024 vorgelegten und entsprechend gekennzeichneten Unterlagen zu den Verbindungen der Niedersächsischen Landesregierung zur Russischen Föderation im Zeitraum vom 19.02.2013 bis heute.

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Europabezuges in der Landesverfassung**
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/4264](#)

Der Ausschuss nimmt eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und führt darüber eine Aussprache. Er kommt überein, dem federführenden Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen statt einer förmlichen Stellungnahme einen Auszug aus der Niederschrift zukommen zu lassen, aus dem sich das Meinungsbild im Ausschuss ergibt.

3. **Unterrichtung durch die Landesregierung über die Diskussionen zur Ausgestaltung der Kohäsionspolitik**

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung entgegen und führt darüber eine Aussprache.

4. **Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Positionen für die Legislaturperiode 2024-2029 der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments“**

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung entgegen und führt darüber eine Aussprache.

5. **Regionale Daseinsvorsorge und Zusammenhalt in den ländlichen Räumen stärken - Erfahrungen aus dem Modellprojekt „Regionale Versorgungszentren (RVZ)“ weiterentwickeln und landesweit ermöglichen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/5085](#)

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung und bespricht Verfahrensfragen. Er beschließt einstimmig, die Landesregierung um eine Unterrichtung in seiner für den 24. Oktober 2024 vorgesehenen Sitzung zu bitten. Ferner nimmt er in Aussicht im November eine Anhörung zu dem Antrag durchzuführen. Dabei sollen die großen Fraktionen jeweils drei Anzuhörende und die kleineren je einen Anzuhörenden benennen dürfen. Zudem sollen Vertreterinnen bzw. Vertreter der fünf Modellprojekte gehört werden.

6. **EU-Angelegenheiten und Berichte über Frühwarndokumente**

Die Ausschussvorsitzende teilt mit, dass keine Unterrichtungswünsche offen seien und auch keine Kurzunterrichtungen zu Frühwarndokumenten vorlägen.

7. **Terminangelegenheiten**

Zu diesem Tagesordnungspunkt ergeben sich keine Wortmeldungen.